

# Wien. Städtisches.

## Ausschuß für Sicherheit, Ruhe, Ordnung und Wahrung der Volksrechte.

Samstag den 3. Juni. Vormittags - Sitzung.  
Vormittag 9 Uhr.

Sikardsburg, Mitglied des Arbeiter-Comités, berichtet im Namen desselben, daß es dringend nothwendig sei, auf Mittel zu denken, wie die bei 200 noch bis heute unbeschäftigten Arbeiter anzustellen seien. Der Berichtersteller meint, man müsse ihnen einstweilen Brotanweisungen oder Geld auf die Hand geben. Hr. Bäckermeister Wimmer hat sich wohl anheischig gemacht, gegen Anweisung Brot zu liefern, doch finde er es weit gerathener, allen Bäckern die Ordre zu erteilen, damit nicht die Arbeiter in Masse auf einen Ort hinziehen. Der Präsident des Ausschusses, Dr. Fischhof, schlägt vor, von der Hauptwache aus in alle Vorstädte zu allen Bäckern zu senden, daß sie sich bereit halten, bis 2 Uhr gegen Anweisung Brot zu liefern. Dr. Hirschfeld: Es liegen specielle Fälle vor, wo Familienväter bereits mehrere Tage hungerten. Auf solche müsse insbesondere Rücksicht genommen werden. Sikardsburg weist nochmals auf die Dringlichkeit, alsogleich abzuhelfen, da sonst die beauftragte Arbeitskommission nicht im Stande wäre, mit der nöthigen Energie vorzuschreiten. Nach kurzer Debatte wird beschlossen, vor der Hand Brotanweisungen, und zwar für Erwachsene auf 6 Kreuzer und für Kinder auf 3 Kreuzer, arbeitslosen Familienvätern jedoch außerdem 10 Kreuzer auf die Hand zu geben.

Bis Montag wird dafür gesorgt sein, brodlose Arbeiter für Tagelohn anzustellen.

Hierauf verliest Dr. Schill ein Schreiben vom Oberkommando der Nationalgarde folgenden Inhalts: „Um die freiwillige Anwerbung zu verhindern, versammelten sich Arbeiter auf dem Glacis. Auhestörungen sind zu befürchten. Sämmtliche Kommandanten werden daher aufgefordert, mit ihren Compagnien an den Sammelpätzen zu erscheinen.“ Er beanstandet diesen Erlaß, der ohne Anzeige an den Sicherheitsausschuß ergangen, der doch allein für die Aufrechterhaltung der Sicherheit verantwortlich ist, und trägt darauf an, eine Contreordre an alle Compagnien ergehen zu lassen und an das Ministerium das Ansuchen zu stellen, es möge keine derartigen Befehle geben, ohne den Sicherheitsausschuß hiervon in Kenntniß zu setzen.

Dr. Fischhof zeigt an: Er habe auf eigene Verantwortlichkeit bereits Studierende an die Arbeiter entfendet, um ihnen begreiflich zu machen, die Werbung sei nur eine freiwillige, sie mögen keine beunruhigenden Schritte vornehmen, die den Bürger von seinem Geschäfte und Erwerbe abziehen. Von dem Wohle des Bürgers, durch den sie beschäftigt werden, hängt auch das Wohl der Arbeiter ab.

Ein Akad. berichtet: Er komme vom Glacis, habe die Arbeiter in guter Stimmung gefunden, sie wollen keinen Schritt

gegen die Werbung vornehmen, weil sie glauben, es werde sich Keiner anwerben lassen.

Mehrere Mitglieder des Ausschusses wollen keine so drohenden Anzeichen sehen, daß die Compagnien der Nationalgarde konfignirt werden müßten. Es wäre höchst unzulässig, die Bürger ohne wichtigen Grund zu allarmiren und von ihrer täglichen Beschäftigung abzuhalten. Es wurde demnach beschlossen, eine Contre-Ordre zu erlassen, und dem Bezirks-Commandanten anzuzeigen, auf den Allarm-Plätzen nur eine Compagnie zu belassen, die Uebrigen jedoch, in so lange keine Dringlichkeit vorhanden, nach Hause zu beordern.

In Bezug der Bäcker und ihrer Verständigung spricht der Präsident den Beschluß aus, durch reitende Ordnonnanz die Anzeige durch alle Vorstädte machen zu lassen, und einem jeden Bäcker ein Muster der Brod-Anweisungen zu übersenden.

Dr. Kartscher, von Hütteldorf kommend, zeigt an, die Arbeiter wollten sich durchaus keinen Abzug für den Feiertag gefallen lassen, und drohen einem Jeden, der es thut, mit dem Meißel. Winwartter, Mitglied der akademischen Legion, will hier strenge einschreiten lassen; man müsse solchen Drohungen ein für allemal ein Ende machen, und müßte die ganze Legion aufgeboten werden. Ein Deputirter der 18. Compagnie meint, der Arbeiter wolle auch am Feiertage essen. Dr. Schill trägt auf eine Modifikation an; man gebe dem Arbeiter auf den Feiertag einen Vorschuß, der ihnen abzuziehen wäre, bei 15000 Arbeitern mit dem täglichen Lohne von 20 — 25 kr. handelt es sich um eine Summe von 5 bis 6000 fl., über solche Summen kann man nicht so leicht verfügen. Goldschmied will in Berücksichtigung der heutigen Aufregung den einen Feiertag vergüten, für die folgenden jedoch den Arbeiter darnach hinweisen, für sich selbst zu sorgen. Dr. Fischhof beendet die Diskussion durch folgende Fragen: 1.) Sollten die Arbeiter für den Donnerstag gezahlt bekommen, oder nicht? — Wird einstimmig mit ja beantwortet. 2.) Sollten sie ganz oder zur Hälfte bezahlt werden? Winwartter kommt auf seinen Antrag zurück, man recinire durch solche Nachgiebigkeit Baumeister und andere Industrielle, da alsbald die Arbeiter aller Privatens dieselbe Forderung stellen werden. Freund entscheidet sich für Vergütung; es handelt sich heute nicht um ein Prinzip der Politik, sondern um ein Gebot der Klugheit. Winwartter will wieder auf seinen Antrag zurückkommen, wird jedoch überstimmt und der Beschluß gefaßt: Für den Einen Feiertag die Zahlung zu verabsolgen mit der Erinnerung, daß dies für alle kommenden Feiertage nicht möglich sei. Ein Deputirter der 20. Compagnie Wieden, erzählt er, wäre am 30. Mai zugegen gewesen, als ein Individuum den Arbeitern bei Fünf- und Sechshaus 30,000 fl. versprochen, wenn sie gegen die Studenten und

die Univerſität ſich verbinden würden. Anfangs gab er ſich für den Pfarrer von Miſtelbach, dann für den Pfarrer von Polsdorf endlich für einen Wirthſchaftsrath, und zuletzt für einen Gaſtwirth aus. Die Arbeiter hätten ſich überzeugt, das 1000 fl. B. N. bei ihm gefunden wurden. Das Geld und das Individuum wäre der Polizei übergeben worden; man müſſe ſtreng unterſuchen, wer der Mann und woher das Geld iſt. Ein anderer Deputirter berichtet, das Protokoll der akademiſchen Legion zeigt aus, es wären nur 27 fl. vorgefunden worden, worauf die Sache fallen gelassen wird. Ein Schreiben ſammt 3 Beilagen, welche Sr. Excellenz dem Miniſter Villersdorf zugekommen, wird verlesen, durch Erſteres wird der Ausſchuß aufgefordert, vier Mitglieder zu entſenden, die mit jener des Militär-Commandos vereint bei der Kriminal-Unteſuchung gegen Dr. Lebermayer und Trompeter-Korporal beim Fuhrweſen, heute Nachmittag um 3 Uhr beim Kriminal-Gerichte erſcheinen mögen. Die 3 Beilagen ſind anonyme Briefe in ſchwülſtiger Faſſung auf die Entlaſſung der Beiden als irrfinnig eingesperrten Individuen dringend im Namen aller akademiſchen Künſtler, der geſamten Bürgerſchaft, und aller Juristen unterfertigt. Hr. Dr. Welker und Herrmann als Mediziner, Hr. Dr. Mayer und Zampiere als Juristen werden zur Unteſuchungscommission ausgeſchickt, Hr. Dr. W. Diegemayer jedoch als Jugendfreund des Dr. Lebermayer für unzuläſſig befunden.

Um drei viertel auf 11 Uhr erſcheint der Deputirte der 6. Compagnie, Sägemayer, und bringt den Rapport, er komme vom Schottenthor, das Werbcommando ſei vertrieben, die Arbeiter ſchreien, wir brauchen kein Militär, die Aristokraten, ſagen ſie, haben uns den Kaiſer entführt, nun wollen ſie Soldaten, die uns zuſammenschießen, die Noth ſteige von Augenblick zu Augenblick, man ſolle energiſch einſchreiten. Als ſich hierüber eine Diſkuſſion entſpinnen wollte, macht der Präſident aufmerkſam darauf, daß man hier handeln müſſe. Er beantragt mehrere Compagnien der akademiſchen Legion und Nationalgarde unbewaffnet hinauszufenden, um gütlich die Sache beizulegen.

Valentin, Mitglied der akademiſchen Legion, berichtet, er komme auch von dort und habe die Arbeiter ſagen hören, ſie wollten ſich anwerben laſſen, wenn man ſie dem Kaiſer, und zugleich auf die Conſtitution ſchwören läßt. Obercommandant Panasch kommt in die Verſammlung und wird mit Applaus empfangen, die Motion des Präſidenten zum Beſchluß erhoben, wird ihm zur Vollführung mitgetheilt.

Hierauf ſtellt Goldschmid den Antrag: 1. Das Werbcommando zu erſuchen, bis auf Weiteres die Werbung einzustellen. (Wird angenommen.) 2. An das Kriegsminiſterium das Anſuchen zu ſtellen, beim Fahnen-Gid die Paranthese einzuführen, daß jeder neu zu werbende keine Verpflichtung auf ſich zu nehmen habe, in ſo ferne ſie der ertheilten Conſtitution zuwiderläuft. (Wird vertagt.)

Während die verſchiedenen Ordnungen ausgeſchickt werden und das Sendſchreiben an das Handelsminiſterium und an die Provinzial-Bau-Direktion concipirt wird, kommt ein Mitglied der akademiſchen Legion mit dem Rapport: Ein Theil der Arbeiter habe ſich auf gütliches Zureden bereits zerſtreut. Er wurde mit ſtürmiſchem Beifall-Ruſe angehört und entlaſſen.

Herr Hornboſtel zeigt an, er ſei vom löbl. Gemeinde-Ausſchuße zum Präſidenten ernannt und bittet den Sicherheitsausſchuß, ihn von ſeiner Stelle als Vice-Präſident zu entlaſſen. Auf die geſtrige Einladung ſchließt ſich der Gemeinde-

Ausſchuß mit Vergnügen der Deputation an. Sr. Majestät an Hornboſtel, Griller, Lanz und Benkovits ſind zu Mitgliedern der Deputation ernannt. Dr. Fiſchof votirt im Namen des Sicherheits-Ausſchuſſes Herrn Hornboſtel eine Dank-Adreſſe für ſein bisheriges Leiſten als Mitglied des Sicherheitsausſchuſſes. Er komme nochmals darauf zurück, daß auch die Sitzungen des Gemeindeausſchuſſes öffentlich gehalten werden ſollen; dadurch gewinnt der Ausſchuß der Stadt Wien an Kraft und Achtung; dadurch kehrt die ſo nöthige Beruhigung in das Gemüth der Bewohner zurück. Herr Hornboſtel erklart: Es ſeien bereits die nöthigen Anſtalten getroffen, und die Sitzungen würden nächſtens im Ständehaus öffentlich gehalten werden.

Durch den Eintritt des Juristen Jullasky von der 2. Compagnie wird Herr Hornboſtel unterbrochen; er bringt den Bericht, Maſſen von Arbeitern ſeien auf dem Glacis vor dem Burgthor in äußerſter Wuth angelangt und haben die dort aufgeſtellte Compagnie Deutſchmeiſter mit Steinwürfen aufgereizt; ſchon habe dieſelbe ſcharf geladen, als die Compagnie der akademiſchen Legion und National-Garde unbewaffnet angelangt, die aufgeregten Maſſen beſänftigte und zerſtreute. Herr Hornboſtel, Präſident des Bürgerausſchuſſes, liest hierauf die Adreſſe an Seine Majestät vor, um höchſtdieſelbe zur ſchleunigſten Rückkehr zu bewegen. Der weſentliche Inhalt deutet darauf hin: Die Liebe des Volkes ruft Sr. Majestät dringendſt zurück, ſo lange Sr. Majestät in einer Umgebung volksfeindlicher Aristokraten iſt, halte ihn das Volk für gefangen — der Flor des Handels, die Wohlfahrt der Reſidenz, der Beſtand der Geſammt-Monarchie bedingt die baldigſte Rückkehr Sr. Majestät. Die Verwirrung in der Staatsverwaltung, der baldigſt in Wien abzuhaltende Reichstag, laſſen an keinen Aufſchub denken. Hierauf verliest Herr Umlauf von der 3. akademiſchen Legion eine Adreſſe, die mit größter Senſation angehört, und mit einem Beifallſturm angenommen wird.

Wüthend, treu, offen, mit glühender Herzlichkeit und Beredtheit wird darin die Rückkehr Sr. Majestät erbeten, noch ſtehe das Vertrauen der Sr. Majestät untergebenen, treuen, deutſchen Deſterreicher feſt und unerschütterlich, noch hoffen ſie Alles von der Güte des angeſtammten Monarchen; aber welches Unheil müſſte hereinbrechen, wenn durch falſchen Rath und gefährliche Rathgeber ein Theil der Nationalitäten Deſterreichs, die ſchon heute Miene zum Abfall machen, es in der That bewerkſtelligen würden. Die Krone, die Dynaſtie, die konſtitutionelle Monarchie ſchwebt in höchſter Gefahr; nur durch die baldigſte Rückkehr des Kaiſers in die Mitte ſeiner Wiener in die Reſidenz, als dem Entwicklungsboden für Deſterreichs Freiheit, als dem alleinigen hiſtoriſchen Sitz der Herrſcher von Deſterreich iſt es möglich, beruhigend und verſöhnend auf alle Nationalitäten einzuwirken, nur ſo iſt es möglich, dem Miniſterium Kraft zu verleihen, die hereinbrechende Gefahr abzuwenden.

Nachdem mehrere Schreiben über Steuer, Schutz der Finanzwache u. ſ. w. verlesen worden, meldet der Präſident, Profeſſor Hye ſei auf heute um 3 Uhr vor die Kommission beſchieden. Um 12 Uhr laufen beruhigende Nachrichten von der Währinger Linie ein. Es wird ein Mann von der Landſtraße eingeführt, quaſi als Gefangener, um ihn vor dem Pöbel zu retten. Er habe ein Weib auf dem Glacis zurecht gewieſen, als ſie die Arbeiter geheizt, doch alsbald wären ſie über ihn hergefallen und hätten ihn beinahe zerriſſen. Nachdem er ſich ausgewieſen, wer er ſei, wurde er frei entlaſſen. Um halb ein Uhr kommt

Ober-Kommandant Pannaſch mit dem Berichte, alle Arbeiter ſeien gütlich auseinandergegangen, der früheren Wuth wären ſogar Scherzreden gefolgt und das Verſprechen, keine Unruhen zu ſtiften. Wird mit Beifall angehört. Ein Mitglied bringt nun noch die Wiener „Gaſſen-Zeitung,“ die heute erſchienen, lieſt mehrere Artikel vor, die als aufreizend beurtheilt werden, und es wird der Antrag des Dr. Schill, dem Redacteur eine Warnung zukommen zu laſſen, ſo wie der Vorſchlag des Dr. Fiſchhof, ein Geſuch an das Juſtiz-Miniſterium zu richten um allſogleiche Einſetzung eines proviſoriſchen Schwurgerichtes, zum Beſchluffe erhoben.

Hierauf wurde die Sitzung aufgehoben.

Abend-Sitzung vom 3. Juni. Es werden 2 Entwürfe von Proclamationen an die Provinzen verlesen, welche beide angenommen werden, und zwar Eine von Hrn. Willner für die Landleute, die 2. von einem Akademiker für die Bewohner der Städte, und wird zu ihrer Redaktion eine Commission ernannt. Das Arbeitercomité erſtattet hierauf ſeinen Bericht welcher damit anhebt, daß Hr. Julius v. Zerboni ausgetreten ſei. Ferner bittet dasſelbe, eine Kundmachung erlaſſen zu dürfen, daß jene Arbeiter, welche nicht von Hauſe aus Erdarbeiter ſind, keine Arbeit erhalten ſollen, wenn ſie nicht von ihrem letzten Brotherrn einen Arbeitſchein vorweiſen, daß ſie aus Mangel an Arbeit entlaſſen worden ſind. Es fand dieſer Vorſchlag nur geringe Einrede, aber mehrere wollen, daß ſie auch auf Erdarbeiten angetragen werden ſollte, da wie ein anweſender Civil-Ingenieur bezeugt, Arbeiter, welche bei ihm 36 kr. C. M. täglich verdient, davon gegangen ſeien, um im Prater für Nichts-Arbeiten 25 kr. C. M. zu bekommen. Dagegen wurde die Einwendung gemacht, daß viele dieſer Erdarbeiter aus der Fremde da ſeien, die einen ſolchen Schein wegen der großen Entfernung ihres letzten Dienſtoris nicht zu bringen vermöchten. Nachdem noch die Modification geſtellt worden, in der Einleitung zu ſagen, daß dieſes auf Anſuchen mehrerer Fabrikherren und Profeſſionisten geſchehe, wurde der Antrag ſo modificirt angenommen. Ein 2. Antrag des Comité's iſt, die Profeſſionisten und Fabrikanten in den Städten ſowie die Landwirthe aufzufordern, wenn ſie Arbeiter brauchen ſich deſhalb an's Comité zu wenden, damit ihnen die hier arbeitsloſen zugemittelt werden können. Es wird dieſer Antrag angenommen und beſtimmt, daß die Aufforderung ſowol durch Plakate als in den Zeitungen geſchehen ſolle. Endlich will das Arbeitercomité auffordern, daß ihm Anträge und Vorſchläge Behufs der Arbeiter gemacht werden mögen. Zugleich wird gebeten, die beaufſichtigenden Techniker, welche mittellos ſeien, für dieſe 2 Tage ſchon honoriren zu dürfen. Das Comité erwähnt der Mühewaltung jener jungen Leute ſehr lobend. Ein Erlaß vom Miniſterium des Innern beſpricht die bei den ſtattſahenden Werbungen eingetretene Störung und berichtigt einige unter den Arbeitern deſhalb circulirende falſche Anſichten. Herr Umlauf erzählt, daß, als die Hütte auf dem Waſſerglaciſ zerſtört worden ſei, ein Detachement Nationalgarden geſtanden und ruhig ohne einzuschreiten zugeſehen habe. Auf dieſe Weiſe behauptet er, müſſe bald das gänzliche Anſehen dieſes Inſtituts zu Grunde gehen und will mit dem Oberkommando darüber Mißſprache gepflogen wiſſen. Einige Mitglieder theilen Neußerungen mit, welche die Arbeiter in Bezug auf jene eingeleiteten Werbungen gemacht hatten, ſo ſollen Einige geſagt haben, die früher geworbenen Freiwilligen ſeien wie die Hunde eingesperrt und behandelt worden; wieder Andere hätten geſagt, man werde ſie wie jene in Wiener Neustadt liegen laſſen, wo ſie unbewaffnet und von Allem entblößt geſeſen ſeien. Wenn ſie wüßten daß man ſie

bewaffnen und nach Italien ſchicken würde, dann gingen ſie gerne. Willner ſchlägt vor, daß einer gedruckten Erklärung eine mündliche Belehrung von Nationalgarden der akademiſchen Legion vorausgehen müſſe. Ein Ausſchußmitglied erklärt, daß die Nationalgarde deſhalb bei der Zerſtörung jener Hütte nicht eingegriffen ſei, weil der Offizier des dort aufgeſtellten Militärpikets ſeinen Leuten das Bajonett zu ſällen kommandirt habe, welchem Befehle aber nur 7 Mann nachkamen, der Reſt machte bei Fuß. Die Mitglieder der akademiſchen Legion ſagten, die Aufregung ſei zu groß, ein Einſchreiten der Nationalgarde gefährlich geſeſen.

Es erſcheint eine Deputation eines erſt neu conſtituirten Vereines, genannt die Liberalen, die ſich zu allerlei politiſchen Beſprechungen vereinigt. Dieſe, welche ihre Verſammlungen im Gaſthauſe bei Engländer halten, bitten den Ausſchuß um Beruhigung, wegen der Gerüchte hiñſichtlich der feindlichen Abſichten des Militärs. Sie behaupten in Fulu und Lundenburg lägen große Truppenmaſſen. Die Kaſernen ſeien voll geſtopft. Wozu das Militär hier liege, da man es doch viel beſſer und nöthiger in Italien verwenden könnte. Der Sprecher, dem Anſcheine nach, ein ſchlichter Handwerksgeſelle, trug ſeine Meinung etwas derb vor. Es erregte dieſe eine ſehr aufgeregte Debatte. Zwar erklärte der Präſident, das Militär in Lundenburg ſei nach Italien beſtimmt. Hier rühre es ſich nicht von der Stelle, ohne daß dem Ausſchuß früher Nachricht gegeben werde; aber Dr. Herrman erklärte die Sache für wichtiger, wenn es auch Gerüchte ſeien, ſo erkennen ſie bloß die Beſonnenern als ſolche an, die Andern glauben daran, man müſſe ihnen vollkommen entgegengetreten können, daher ſollen die Kaſernen geöffnet und die Zahl der Truppen bekannt gemacht werden. Andere Mitglieder theilten mit, die Hälfte der Garniſon ſei ſtets in den Kaſernen konſignirt, es wären dort überall Geſchütze aufgefahren und beſpannt. Die Anſtrengung ermüde und erbittere ſie. Noch erklärten mehrere Mitglieder, daß man das Militär hier brauche, der Bürger müſſte dem angeſtrengten Garniſondienſte erliegen. In Lundenburg aber ſei ein Concentrationspunct, um Truppen ſo ſchnell als möglich nach Norden und Süden werfen zu können, an welchen beiden Punkten Gefahr vorhanden ſei. Der Sprecher der erwähnten Deputation aber wollte ſich durchaus nicht beruhigen laſſen. Er ſprach immer davon, daß keine Geiſeln da wären, daß ſie keine Garantien hätten. Zwar bemerkte ihm der Präſident, wie kindiſch es ſei, auf den Grafen Hoyos ſeine Freiheit geſtüzt wiſſen zu wollen und daß wir die Garantien in uns ſelbſt haben müßten. Der ſchlichte Mann kam immer auf die Frage zurück, was das Militär hier mache, und daß man es gegen das Volk gebrauchen wolle, ſo daß Dr. Schill bemerkte, es ſei dieſes Betragen kein parlamentariſches; man komme um den Ausſchuß förmlich zu examiniren. Die Deputation ſolle, was ſie verlangt, ſchriftlich anſuchen. Der Ausſchuß ſei eine Behörde. Worauf der Sprechende, ein Handwerker, bemerkte, daß die Deſſenlichkeit Mündlichkeit bedinge, und das Annehmen der Deputation auch ihr Anhören vorausſetze. Man wolle Wien cerniren, und dadurch eine Spaltung hervorbringen. Der Präſident verſicherte, das Kriegsminiſterium habe die volle Verſicherung gegeben, daß es nichts Feindliches vorhabe. Hierauf ſtellte jene Deputation vor, daß man von einem Miniſterium in Innsbruck ſpräche. Der Präſident: Wir wiſſen wohl, was wir thäten, wir würden es nicht annehmen, aber vorſorgen laſſe ſich da nicht. Uebrigens habe man in Berlin darauf gedrungen, das Militär zu entfernen, ſei aber in einigen Tagen gezwungen geſeſen, daſſelbe wieder zu verlangen. Wir wollen uns

7  
keinem solchen Spotte aussetzen. Ein Handwerker: Wir fürchten das Militär nicht, aber die Kanonen. (Schallendes Gelächter.) Endlich empfahl sich die Deputation damit, daß sie morgen wiederkommen und um Antwort bitten würde, wie groß die Garnison und ob sie ein Minimum sei. Dr. Seolard erklärte, die Sache sei wichtig. In diesen Versammlungen bei Engländer seien mehrere 100 Menschen gegenwärtig. Es herrsche im Pöbel eine gewisse Erbitterung gegen den Ausschuß, und es sei die Rede davon, daß man die Compagnien auffordern wolle, andere Vertreter zu wählen.

Dr. Inhauser: Man solle die Kasernen nicht geschlossen halten. Heimlichkeit erregt Mißtrauen. Man solle sich erkundigen, ob Militär in der Umgebung liegt. Eckhard: In Berlin hätten sie sich gewisse Regimenter gewählt. Er will, daß man vor den Thoren Kanonen aufpflanze und eine mobile Nationalgarde errichte. Sie soll aus Arbeitern bestehen, von denen die ehemaligen Soldaten zur Zeit der Gefahr mit Feuergewehr, die andern mit Piken bewaffnet werden. Endlich werden auf Antrag des Dr. Inhauser folgende Punkte angenommen;

1. Das Ministerium des Krieges zu bitten, es möge die Individuenzahl der Garnison und zugleich die Zahl angeben, welche zur Besetzung der Wachtposten nöthig ist.

2. Möge das Ministerium des Krieges die Anzahl der Truppen in den Umgebungen Wiens auf 4 Meilen, überdies aber die Bedeutung der in Lundenburg und Luln stattfindenden Truppenconcentration angeben.

3. Mögen die Kasernen geöffnet, die schweren Geschütze daraus entfernt, und der frühere freundschaftliche Verkehr zwischen Civilisten und Militär, wieder hergestellt werden.

4. Soll für die ganze Nationalgarde sowohl für Gewehre als Kanonen die gehörige Munition gefordert werden.

5. Soll das Oberkommando der Nationalgarde aufgefordert werden, vor der Hauptwache der Nationalgarde in Zeughauser 4 Kanonen aufzupflanzen und anzuzeigen, welche Verfügung er für die übrigen Kanonen getroffen habe.

Der Gemeindeausschuß zeigt an, daß die Arbeiter bei den Bierbrauereien vier erpressen. Diese wollen 200 Eimer geben und die Sache abgethan wissen; eben so sollen Arbeiter Fleisch erpreßt haben.

Es wird ferner angezeigt, daß die Barschaft der Bank sich unbegreiflicher Weise vermindere. Einige bemerken, daß bei einigen Bankhäusern 8—900,000 in Zwanzigern liegen, ob bloß die Direktoren das Recht hätten, das Geld nach Hause zu nehmen. Es wird erklärt, daß sie ihr Geld schon vor dem Erlaß nicht mehr als 25 fl. zu wechseln, eingewechselt hätten. Ferner wurde beschlossen, das Finanzministerium aufmerksam zu machen, daß die Zeit des Ausfuhrverbots zu Ende gehe. Es geschah dieses nicht ohne Widerspruch, weil die Maßregel in Deutschland anstößig sei. Ein Schreiben des Obersten Bannasch gibt bekannt, daß Nachmittags die Artillerie exercirt hätte, welches das Gerücht verursachte, man wolle Wien bombardieren, daher bei Engländer der Plan gefaßt wurde, die Türkenchanze zu stürmen und den Pulverturm zu nehmen. Aus dieser Rücksicht habe er 12 Mann Nationalgarde, der akademischen Legion und einen Offizier dahin beordert. Eine Deputation jener Versammlung erscheint und erklärt die Nachricht für falsch. Worauf die Sitzung aufgehoben wurde.

Vormittags-Sitzung vom 4. Juni, 9 Uhr. Ein Erlaß vom Justizminister gibt bekannt, daß eine Pressjury errichtet werde, worauf eine Deputation abgeschickt wird, um auch Antwort bezüglich der Bitte, daß diese Jury auch für andere politische Verbrecher entscheiden möge, zu erwirken. Sodann kam die Reorganisation der Polizei in volksthümlichen Sinne zur Tagesordnung, worüber die mannigfachen Vorschläge gemacht wurden, man wollte ein engeres Comité deshalb niederlegen, kam aber bald davon ab, da diese Arbeit zu lange, der Ausschuß aber vorübergehend sei, und eignete sich bald dahin, daß der Gemeindeausschuß diese Arbeit übernehmen müsse, besonders da im Auslande der Magistrat gewöhnlich mit der Polizei betraut sei. Einige wollten dem Gemeindeausschuße bloß Kenntniß davon geben, daß er sich damit befassen möge. Goldschmidt will der Polizei enge Grenzen vorgezeichnet wissen. Dr. Bach bemerkt, daß dieses bei der außerordentlichen Verzweigung der Polizei in kurzer Zeit unmöglich sei, da aber momentan etwas geschehen müsse, so möge man bloß die Executivgewalt derselben unterstützen. So habe der Direktor Born geäußert, daß er viele von jener am Freitage erwähnte Diebsbände kenne, aber nicht die Kraft, sie festzunehmen, besitze. Willner glaubt, daß Oeffentlichkeit des polizeirichterlichen Verfahrens auszuheilen könne, Andere wieder schlagen Beiziehung von Bürgern vor. Noch Andere glauben die Reorganisation der Polizei sei Staatsangelegenheit und komme dem Minister zu, wogegen Dr. Lerch bemerkt, daß es sich hier bloß um die lokale Reorganisation handle, wozu der Gemeindeausschuß jedenfalls befugt sei, und die klügern Polizeibeamten hätten es bereits längst eingesehen, daß ihr Institut absterben müsse, wenn es sich nicht umgieße. Endlich wird der Beschluß gefaßt, den Gemeindeausschuß zu ersuchen, schnell möglichst eine Reorganisation der Polizei im volksthümlichen Sinne vorzunehmen, bis dahin aber die größtmögliche Oeffentlichkeit bei den Verhandlungen der Polizei einzuführen. Es wird hiezu eine Deputation ernannt und gegen Ende der Sitzung berichtet, der Gemeindeausschuß habe freudig diesen Antrag angenommen und sogleich ein Comité zu dem angegebenen Zwecke ernannt, welches aus 2 Mitgliedern des Gemeindeausschusses, 2 Polizeibeamten und 2 Mitgliedern des Ausschusses der Bürger, Nationalgarde und Studenten bestehen möge. Es werden hiezu die Herren Dr. Bach und Violant erwählt. Hierauf kommt der Ausschuß auf einen gestern von der Deputation der Versammlung bei Engländer gemachten Vorwurf, das Volk wisse von seinem Wirken nichts, zurück, und will auf Mittel sinnen, wie sich die Deputirten des Ausschusses mit ihren Sendern und die Compagnien mit dem Ausschusse verständigen können, wozu Versammlungen der Compagnien, in denen sie sich mit den Deputirten besprechen, vorgeschlagen werden, aber dagegen eingewendet, daß sie bei dem großen Zeitaufwand, den die Ausschußsitzungen rauben, hiezu unmöglich Zeit hätten. Manche wollen die Zusammenkünfte bei den Exerzitten benützen. Andre wollen, daß die Hauptleute der Compagnien zu dem Zwecke eigens zusammenberufen werden.

Endlich wird beschlossen, daß die Hauptleute beauftragt werden sollen, die Compagnien zwei Mal wöchentlich zu versammeln, wo die Garden sich über die Vorkommnisse im Ausschusse beraten können. Es soll hierüber ein Protokoll geführt und die Wünsche der Compagnie von 10 Mitgliedern unterschrieben dem Ausschusse zugesendet werden.

(Fortsetzung folgt.)